

Parteitag - Debatte dreht sich um die »Grundsicherung«. Viel geredet wird auch über einen garstigen Oberschwaben

Die Wut der Grünen auf den Metzger

VON BETTINA JEHNE

NÜRNBERG. Der Rebell aus Oberschwaben konnte sich nicht verstecken, und er wollte es auch nicht. Überall dort, wo Oswald Metzger am Wochenende saß oder stand, war er sofort von Journalisten und Kameralenten umringt. Und so redete der in Ungnade gefallene Grüne beim Parteitag in Nürnberg unermüdlich, argumentierte und konterte. Ob er die Gabriele Pauli der Grünen sei? Gewiss nicht, ihm stehe Lack und Leder längst nicht so gut. Ob er aus der Partei austrete? Das sage er erst am Dienstag. Ob er sich entschuldige? Nein.

Die Partei ist sauer. Metzger hatte mit deftigen Bemerkungen Sozialhilfeempfänger beleidigt. In jeder Ecke der Halle hörte man's tuscheln: »Der Metzger soll halt gehen.« Und doch klopften auch manche »dem Oswald« aufmunternd auf die Schultern, um dann zu sagen: »Die Stimmung hier ist ziemlich gegen dich.«

Bei der 27. Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen standen nämlich genau die Menschen im Mittelpunkt, über die der Bad Schussenrieder so hergezogen hatte. Mit der Einführung der Hartz IV-Reformen sind es noch mehr Bedürftige geworden, jedes sechste Kind ist heute arm. Darüber waren sich die 800 Delegierten einig. Doch wie Abhilfe schaffen? Sechs Stunden zog sich die Debatte darüber hin. Viel länger als die Diskussion etwa in Sachen Klimapolitik oder grüner Marktwirtschaft, wo sich die Partei einen starken Staat wünscht, der klare ökologische und soziale Regeln setzt, aber nicht in den Wettbewerb eingreift.

Leben kam noch einmal gestern Morgen in die Halle, als die Delegierten lautstark »Nein« zum Überwachungsstaat sagten. »Die wirkliche Gefahr geht von Innenminister Wolfgang Schäuble« aus, befanden viele Redner, weil dieser mit »Online-Durchsuchungen und sonstigen Schnüffeleien« den Rechtsstaat demontiere. Einen NPD-Verbotsantrag lehnten die Grünen »zum jetzigen Zeitpunkt« ab, weil vor dem Bundesverfassungsgericht ohne Erfolgsaussichten. Den Kampf gegen Rechtsextremismus aber wollen sie sich weiterhin auf ihre Fahne schreiben.

Das beherrschende Thema des Parteitags aber war die »Zukunft der sozialen Sicherung«. Dabei hatten die Grünen aus Baden-Württemberg ihren großen Auftritt, namentlich Beate Müller-Gemmeke aus Pliezhausen, die den Antrag »Z-02« vortrug. Dahinter verbirgt sich das bedingungslose Grundeinkommen, das 420 Euro pro Monat für jeden Erwachsenen und 300 Euro für jedes Kind vorsieht - unabhängig vom Einkommen. Vollbeschäftigung werde es nie wieder geben, Biografien werden in Zukunft brüchig sein, argumentierten die Befürworter. Das Grundeinkommen überbrücke Zeiten von Arbeitslosigkeit und Neuorientierung, ohne dass man sich den »entwürdigenden Bedarfsprüfungen« bei den Sozialbehörden unterziehen muss. Ein junger Mann aus Köln jubilierte: »Ich bin stolz, wir haben wieder eine Vision.«

Das wichtigste Argument aber tischte Thomas Poreski vom Kreisverband Reutlingen auf, einer der »Väter« des Konzepts: »Arbeit lohnt sich wieder!« Denn wer dazuverdiene, brauche nur sein Gehalt zu versteuern, das Grundeinkommen bleibe - anders als Hartz IV - unangetastet. 40 Prozent der Stimmen bekam der Vorschlag aus dem Südwesten. Anerkennend nickte der Kreuzberger Hans-Christian Ströbele seiner Parteikollegin Beate Müller-Gemmeke zu: »Die Baden-Württemberger sind schon ein aufmüpfiges Völkchen.«

Aufatmen beim Parteivorstand, dessen Variante »bedarfsorientierte Grundsicherung« auf 58 Prozent kam und somit die Richtung der nächsten Jahre vorgibt. Hartz IV wird demnach um 70 Euro monatlich aufgestockt, zusätzlich sollen 50 Milliarden pro Jahr in Bildung, Förderung und Betreuung investiert werden.

Möglicherweise hätte die seit dem Afghanistan-Sonderparteitag angeschlagene Grünen-Chefetage erneut zittern müssen, hätte sich nicht noch Boris Palmer für sie in die Bresche geworfen. Der Tübinger Oberbürgermeister ist eigentlich ein prominenter Fürsprecher des Grundeinkommens, glaubt aber, dass dieser radikale Weg den Bürgern »noch nicht« zu vermitteln ist. »Daher bin ich für den Antrag des Bundesvorstands.«

Zu guter Letzt kam auch der Mann vorne am Mikrofon zu Wort, der bis dato ganz ohne Debattenbeitrag das Treffen dominiert hatte. Oswald Metzger - »hier spricht der bad guy des Parteitags« - plädierte dafür, die Grundsicherung unter den geplanten 420 Euro anzusiedeln. Sonst hätten Hilfeempfänger kaum weniger Geld in der Tasche als jemand, der fleißig arbeiten geht. Die Aufmerksamkeit war dem 52-Jährigen sicher, Buhrufe hielten sich in Grenzen. Parteichef Reinhard Bütikofer watschte Metzger dann aber doch noch ab: »Ich gehöre nicht zu denen, die sagen: Oswald, geh'. Aber ich sage: Oswald, geh' in dich.«
(GEA)